Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0028/14 – future! – die junge Alternative, Stadtrat Stage, Stadtrat Wendenkampf

Bezeichnung

E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	06.05.2014
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	14.05.2014
Verwaltungsausschuss	16.05.2014
Stadtrat	10.07.2014

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die technischen und inhaltlichen Möglichkeiten zu schaffen, damit auf der Website unserer Stadt Petitionen online erstellt und gezeichnet werden können (sogenannte E-Petitionen bzw. Online-Petitionen).

Dazu sind weiterhin vom Oberbürgermeister eventuell notwendige Änderungen der Geschäftsordnung des Stadtrates und der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen, die für die neu zu schaffenden Möglichkeiten der Wahrnehmung des Petitionsrechtes nötig sind.

Dabei ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen Initiatoren von Petitionen ein Rederecht im zuständigen Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten eingeräumt werden kann.

Grundsätzlich hat Jedermann nach Artikel 19 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ein Recht darauf, dass seine Petition von den zuständigen Stellen und Gemeindevertretungen behandelt werden und dass ihm hierüber Nachricht gegeben wird.

Gem. § 27 (4) der Geschäftsordnung des Stadtrates der LH MD in der Fassung des Beschlusses des Stadtrates vom 08.10.2009 berät und entscheidet der Ausschuss kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten über Bitten und Beschwerden von Einwohnern, die geltend gemacht werden können, vom Verhalten der Stadt betroffen zu sein, und die sich deshalb einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich an den Stadtrat wenden (Petition).

Nach der Landesverfassung ist die Petition schriftlich zu erklären. Ist die schriftliche Form wie im vorliegenden Fall vorgeschrieben, so muss die Petition eigenhändig durch Namensunterschrift gemäß § 126 BGB unterzeichnet werden. Soll die gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Form durch die elektronische Form ersetzt werden (z.B. durch E-Mail), so muss auch beim Online-Angebot eine Systematik eingerichtet werden, die den Petenten individualisierbar macht.

Diese spezielle Einrichtung und die personelle Absicherung des Petitions-Accounts verursachen einmalige Kosten in Höhe von ca. 400 €. Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel sind vorhanden.

Das Land Sachsen-Anhalt bietet auf seiner Homepage einen derartigen Account an. Dabei erfolgt die Autorisierung des Petenten durch die Rücksendung eines Bestätigungslinks zu der angegebenen E-Mail-Anschrift. Erst nach Betätigung des Links geht die Petition in den Geschäftsgang. Diese Form der Identitätsfeststellung (Double-opt-in-Verfahren) stellt eine schwache Form der Authentifizierung des Petenten dar, da sie lediglich auf dem Vorhandensein einer gültigen E-Mail-Adresse aufbaut. Eine stärkere, und sicherere Authentifizierung böte

bspw. die Nutzung der eID des neuen Personalausweises. Die hierfür notwendige Infrastruktur steht gegenwärtig weiten Kreisen der Bevölkerung nicht zur Verfügung und bildete damit eine zusätzliche Hürde zur Wahrnehmung der Online-Petition.

Eventuelle Zweifel an der Identität des Petenten im Double-opt-in-Verfahren müssen dann gegebenenfalls während der manuellen Bearbeitung der Petition ausgeräumt werden.

Vor dem Hintergrund dieses geringen Wagnisses wird die Anschaffung eines Petitions-Accounts für das zweite Halbjahr 2014 ins Auge gefasst. Über diesen Account wird lediglich die Einreichung einer Petition abgesichert. Ein Beitritt Dritter zu einer Petition kann hierüber nicht abgebildet werden, ebenso wenig ist ein Voting zu einzelnen Anliegen möglich. Der Eingang der Petition wird im ServiceCenter der 115 erfolgen. Von hier aus wird die Weiterleitung in das geschäftsführende Amt für den KRB-Ausschuss vorgenommen. So kann sicher gestellt werden, dass eingehende Petitionen werktäglich zeitnah in den Geschäftsgang eingeführt werden.

Eine Änderung der Hauptsatzung ist nicht erforderlich. Die Geschäftsordnung müsste geändert werden, wenn es ein Anhörungsverfahren für Petenten zukünftig geben soll. Allerdings ist ein Rederecht des Petenten innerhalb der Ausschusssitzung rechtlich unzulässig. Der einzelne Petent kann durch eine zeitliche Zäsur (z. B. vor der Sitzung des KRB-Ausschusses) angehört werden.

Die Stellungnahme wurde durch das Rechtsamt mitgezeichnet.

Holger Platz